Deutscher Bundestag **Drucksache 19/16853**

19. Wahlperiode 29.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Steffen Kotré, Tino Chrupalla, Leif-Erik Holm, Hansjörg Müller, Enrico Komning, Heiko Heßenkemper, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Joana Cotar, Dr. Gottfried Curio, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Franziska Gminder, Mariana Harder-Kühnel, Dr. Roland Hartwig, Lars Herrmann, Martin Hess, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Volker Münz, Christoph Neumann, Jan Ralf Nolte, Gerold Otten, Frank Pasemann, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Martin Sichert, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Versorgungssicherheit gewährleisten – Kohleausstieg ablehnen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Kohle ist ein essenzieller Bestandteil der Stromversorgung. Sie ist ein heimischer und sehr wettbewerbsfähiger Energieträger und gewährleistet eine energieintensive Produktion in einem Industrieland wie Deutschland. Sie leistet derzeit zuverlässig einen Beitrag von ca. 38 % zur Nettostromerzeugung und trägt somit zu einer maßgeblichen Sicherung der Stromversorgung bei. Die AfD spricht sich gegen die Nennung eines konkreten Ausstiegsdatums insbesondere angesichts des vollständigen Ausstiegs aus der Kernenergie im Jahre 2022, aus. Eine sichere Stromversorgung ist aus Sicht der AfD das oberste energiepolitische Ziel, um auch zukünftig im internationalen Wettbewerb zu bestehen und jede Gefährdung der Versorgung auszuschließen.

Ein weiterer Ausbau der instabilen und nicht grundlastfähigen erneuerbaren Energien (Wind, Sonne) zu Lasten der Kohle führt zu einer weiteren Instabilität der Stromversorgung. Um Planungsfehler und unvorhersehbare Wetteränderungen auszugleichen, müssen immer öfter Lasten abgeworfen, d. h. Großverbraucher vom Netz genommen werden. Die betroffenen Unternehmen haben den entsprechenden Produktionsausfall. Die Schäden werden viel zu gering ersetzt, die Lieferverpflichtungen bleiben bestehen. Allein einer einzigen Aluminiumhütte wurde 2018 laut Medienberichten 78 mal der Strom abgestellt. Darüber hinaus gibt es Ausfälle im Milli-Sekundenbereich, die hochautomatisierte rechnergesteuerte Produktionsanlagen stören.

Die erneuerbaren Energien können Kohle auch deshalb nicht kompensieren, weil sie nicht wettbewerbsfähig sind und eine sehr viel geringere Energiedichte haben. Ihr Flächenverbrauch pro erzeugter Kilowattstunde ist um ein Vielfaches höher. Der instabile, erneuerbare Strom lässt sich nicht ökonomisch sinnvoll speichern,

auch nicht in Form von Power-to-x. Industrielle wettbewerbsfähige Speichermöglichkeiten sind nicht in Sicht. Mehrkosten in Höhe von 30 Mrd. Euro pro Jahr für den Verbraucher sprechen für sich.

Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie 2021 werden ca. 13 % der Nettostromerzeugung fehlen, die ersetzt werden müssen. Wind und Sonne können das aus den genannten Gründen nicht leisten. Die in die Planung der Bundesregierung einbezogenen Stromimporte werden nicht zur Versorgungssicherheit beitragen können, da auch unsere Nachbarländer ihre Stromversorgung auf instabile Wind- und Sonnenenergie umstellen. Die Wetterbedingungen innerhalb Europas gleichen sich oft, so dass kein Ausgleich durch eine Stromerzeugung in anderen Ländern erfolgen kann.

Der Kohleausstieg wird voraussichtlich zu unnötigen Mehrkosten in zweistelliger Milliardenhöhe führen und dabei keinen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von CO2 innerhalb der Europäischen Union oder weltweit leisten. Bezogen auf das CO2-Budget, das zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele für Deutschland derzeit noch verbleibt, würde der Kohleausstieg voraussichtlich nur zu einer Einsparung von rund 5 % dieser Emissionsmenge führen. Unter Betrachtung des globalen CO2-Budgets zur Einhaltung des „2 Grad-Ziels“ würde die in Deutschland eingesparte Menge ca. 0,1 % des verbleibenden globalen Budgets entsprechen. Die tatsächliche „Klimaschutzwirkung“ wäre also unerheblich.

Die zuständigen bzw. verantwortlichen Stellen in Deutschland warnen seit Jahren eindringlich vor einer nicht ausreichend gesicherten Leistung im deutschen Energiesystem. Bundesnetzagentur, Übertragungsnetzbetreiber, Deutsche Energie-Agentur und BDEW haben in zahlreichen Stellungnahmen verdeutlicht, dass sie in den nächsten Jahren mit einer negativen verbleibenden Leistung, also einer Importabhängigkeit zur Deckung des deutschen Strombedarfs rechnen. Gleichzeitig wird regelmäßig darauf hingewiesen, dass auch im europäischen Ausland zunehmend konventionelle Kraftwerke stillgelegt werden und die Nachbarländer damit nur noch begrenzt bei Engpässen im deutschen Stromnetz aushelfen können. Der Kohleausstieg würde diese Problematik weiter verschärfen, wenn nicht vorher grundlastfähige Ersatzkapazitäten zugebaut würden. Konkret bedeutet dies, dass für jedes außerplanmäßig abgeschaltete Kohlekraftwerk ein technisch gleichwertiges Kraftwerk zugebaut werden muss. Den Plänen der Regierung zufolge sollen diese Ersatzkraftwerke mit Erdgas betrieben werden, was gleichzeitig die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland erhöhen würde.

Der Kohleausstieg würde folglich eine bereits vorhandene, bewährte Energieinfrastruktur lahmlegen, die Abhängigkeit von ausländischen Kraftwerken und Energieimporten erhöhen und Investitionen in zahlreiche neue Kraftwerke erfordern, obwohl ein intakter Kraftwerkspark vorhanden ist. Darüber hinaus stellen zahlreiche Kohlekraftwerke die Fernwärmeversorgung ganzer Städte bzw. Stadtteile sicher. Eine Abschaltung ohne vorherigen Aufbau einer alternativen Wärmeversorgung ist nicht möglich. Die Bundesnetzagentur stuft derzeit mehrere Kohlekraftwerksblöcke als systemrelevant ein, was eine Stilllegung ohnehin nicht erlauben würde.

Die Industrie ist auf wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen. Lag der Strompreis 2000 noch bei ca. 6,05 ct/kWh, hat er sich bis 2017 auf 17,02 ct/kWh nahezu verdreifacht. In Frankreich und anderen Ländern ist er nur halb so hoch, in den USA und Bulgarien zum Beispiel beträgt er nur ein Drittel. Deutschland droht ein massiver Standortnachteil. Für die privaten Haushalte sind weitere Strompreiserhöhungen unsozial, zumal es auch überproportional Niedrigverdiener belastet, die

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

die Energiewende bezahlen müssen. Auch deshalb darf es keinen weiteren Ausbau der instabilen Stromerzeugung geben. Nur die Kohleverstromung ist in der Lage, die Strompreiserhöhungen abzufedern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung nicht zu folgen.
2. den Gesetzentwurf zur Umsetzung der strukturpolitischen Beschlüsse der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.